

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 05.06.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus,  
Beratungsraum 116  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Jürgen Busse	CDU	abwesend ab 17:05 Uhr
Herr Robert Bonan	SPD	anwesend ab 16:10 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	anwesend ab 16:05 Uhr
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend ab 16:20 Uhr
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Eric Eigendorf	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Helga Schubert	Liga der freien Wohlfahrtspflege	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung	
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung	
Frau Annerose Winter	Verwaltung	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Manfred Schuster	FDP	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE	entschuldigt
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung	entschuldigt
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung	entschuldigt

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung um 16:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des SGGA. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erläuterte, dass die Geschäftsführerin Frau Werneburg von der Björn Schulz Stiftung leider aus terminlichen Gründen nicht am SGGA teilnehmen kann und dieser Tagesordnungspunkt entfallen muss. Sie bat um Abstimmung zur *geänderten Tagesordnung*:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 10.04.14 und 08.05.14
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015  
Vorlage: V/2014/12836
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Passes  
Vorlage: V/2014/12741
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Passes  
(Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)  
Vorlage: V/2014/12790
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### zu 3      **Genehmigung der Niederschriften vom 10.04.14 und 08.05.14**

---

Die Mitglieder des SGGA stimmten den Niederschriften vom 10. April 2014 und 08. Mai 2014 zu.

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig zugestimmt**

### zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1      **Gleichstellungsaktionsplan 2014/2015** **Vorlage: V/2014/12836**

---

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, machte noch einmal deutlich, dass der Gleichstellungsaktionsplan gemeinsam mit den Bereichen der Stadtverwaltung und den Fraktionen erarbeitet wurde, trotz mitunter anfänglicher Ablehnung. Es war ein schwieriger, aber erfolgreicher Prozess. Der Plan bezieht sich auf Projekte und Maßnahmen in Verantwortung der Stadtverwaltung Halle (Saale). Sie gab an, dass der Anschlussplan Projekte enthalten wird, die über das eigene Handeln der Stadtverwaltung hinausgehen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, zog ein positives Fazit. Innerhalb der Stadtverwaltung wurden neue Wege gewählt. Sie freute sich über die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Fraktionen sowie über das gemeinsame Verständnis zur Erstellung dieses Gleichstellungsaktionsplanes. **Frau Ute Haupt** appellierte an die Ausschussmitglieder, die Arbeit und das Wirken um den Gleichstellungsaktionsplan mit einer Zustimmung anzuerkennen.

**Herr Czock, SKE**, informierte zu Punkt 3.1.2 - „Projekt „Geschlechtsspezifische Gesundheitsförderung“ dass die Stadtverwaltung eigentlich seit 18 Jahren hinsichtlich des Arbeitsschutzes „geschlafen“ hat. Das Arbeitsschutzteam – so ist ihm bekannt – muss 4 x pro Jahr tagen, um Probleme zu beseitigen und Missständen abzuhelpfen. Bei einem Krankenstand von 8 % innerhalb der Stadtverwaltung hätte bereits zeitnah ein Krisenstab gebildet werden müssen. Es wurde jedoch diesbezüglich nichts unternommen.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, machte auf die Besonderheit eines solchen Vorhabens aufmerksam. Die Entwicklung des Plans und die Entstehung der Projekte erfolgten - trotz eines mühsamen Austauschprozesses - in eigenen Bereichen der Stadtverwaltung. Der Fokus wurde auf die Geschlechterspezifizierung gelegt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass die Federführung/Verantwortung unter Punkt 3.4.3 – Projekt „Flexibles Kinderbetreuungsangebot für Stadtrats- und Ausschussmitglieder während der Gremiensitzungen des Stadtrates und aus dieser Tätigkeit resultierenden Veranstaltungen“ im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters liegt und nicht wie angegeben in Zusammenarbeit mit GB IV.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, sicherte zu, diesen Punkt entsprechend im Gleichstellungsaktionsplan zu ändern.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, stellte somit klar, dass die Verantwortung für diesen Punkt einzig und allein im OB-Bereich liegt und keine Zusammenarbeit mit GB IV diesbezüglich erfolgt.

Die Mitglieder des SGGA nahmen die Abstimmung zum Gleichstellungsaktionsplan wie folgt vor:

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

<b>SACHKUNDIGE EINWOHNER</b>		
Votum	einstimmig zugestimmt	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
<b>STADTRÄTE</b>		
Abstimmungsergebnis	einstimmig zugestimmt	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, dankte allen Mitgliedern des SGGA und richtete auch noch einmal ihren Dank an die Stadtverwaltung und die einzelnen Fraktionen zur Erstellung des Gleichstellungsaktionsplanes.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, brachte zum Ausdruck, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konkretisieren soll. Die Ziele des Antrages wurden im Änderungsantrag stärker veranschaulicht und dieser wurde mit weiteren Fakten unterlegt. Sie sagte aus, dass eine Stellungnahme zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Stadtverwaltung vorliegt, sie hätte sich jedoch auch eine Erklärung der Verwaltung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. gewünscht.

**Frau Wolff, MitBÜRGER – NEUES FORUM**, äußerte sich dahingehend, dass es eigentlich nicht gewollt ist, Prüfaufträge in die Ausschüsse zu verweisen.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, gab an, dass ein Teil - nämlich der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - von der Verwaltung bereits geprüft wurde. In diesem Statement wurde eine klare Aussage getroffen. Sie betonte, dass eine gründliche Prüfung dieser Anträge sehr wichtig ist und sich die Verwaltung dafür entsprechend Zeit nimmt. Eine Ablehnung eines Prüfantrags ist nach ihrer Meinung nicht möglich. Sie sprach sich für eine weitergehende Prüfung durch die Verwaltung aus.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, machte Aussagen zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., und zwar:

Bei Punkt 1 soll der Bereich der Halle-Pass-Nutzer um die Wohngeldempfänger erweitert werden, da dies einfacher als die Berechnung und Prüfung des 1 ½-fachen Regelsatzes umzusetzen ist.

Zum Punkt 2 sagte **Herr Kogge** aus, dass die HAVAG für den barrierefreien Zugang zuständig ist. Die Haltestellen und Straßenbahnen sollen rolstuhlgerechter entwickelt werden. Viele Straßenbahnen sind bereits barrierefrei gestaltet, viele Haltestellen leider noch nicht. Daher kann er auch das Anliegen des Antrages unterstützen. Er wies jedoch darauf hin, dass dann 30.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müssten.

Für das Sozialticket ist dem Grunde nach die HAVAG verantwortlich.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sieht die Anträge als Chance für weitere Bemühungen um den Halle-Pass. Er sicherte eine fortlaufende Prüfung zu.

**Frau Tomczyk-Radji, SKE**, möchte zu Punkt 1 wissen, um welche Antragsberechtigten es sich handelt und ob diese erst noch gelistet werden müssen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass bekannt ist, um welchen Antragstellerbereich es sich handelt - nämlich aus dem Rechtskreis SGB II und SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz - und dieser nicht separat aufzuführen ist. Es ist nicht bekannt, warum nicht von allen Anspruchsberechtigten Anträge gestellt werden. Er wies noch einmal darauf hin, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. die Erweiterung des Antragstellerbereiches umfasst.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, stellte heraus, dass eine sorgfältige Prüfung des Eineinhalbfachen des Regelsatzes vorzunehmen ist und mit welchen Auswirkungen die Stadt Halle (Saale) dabei zu rechnen hat.

zu 5.1      **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Passes**  
Vorlage: V/2014/12741

---

zu 5.1.1    **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung des Halle-Passes (Vorlagen-Nr.: V/2014/12741)**  
Vorlage: V/2014/12790

---

**ÄNDERUNGSANTRAG Fraktion DIE LINKE.**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.:

**Abstimmungsergebnis:**    einstimmig zugestimmt

<b>SACHKUNDIGE EINWOHNER</b>		
Votum	einstimmig zugestimmt	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
<b>STADTRÄTE</b>		
Abstimmungsergebnis	einstimmig zugestimmt	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen

Nachdem dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. einstimmig zugestimmt wurde, bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, noch einmal zu einer gesonderten Abstimmung zum geänderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da über Punkt 3 und die Zeitschiene (im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. nicht enthalten) noch nicht entschieden wurde.

## **ANTRAG Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Folgender **geänderter Beschlussvorschlag** wird unterbreitet:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Attraktivität des Halle-Passes weiter ausgebaut werden kann. Die Prüfung sollte unter folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

1. Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten,

*Der Punkt 1 wird wie folgt ergänzt:*

- 1. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Halle-Pass besitzen Bürgerinnen und Bürger, die ein geringes Einkommen, welches das Eineinhalbfache des maßgeblichen Regelsatzes zuzüglich des jeweiligen Anteils an den tatsächlichen Unterkunftskosten nicht übersteigt. Je nach Haushaltsgröße ergeben sich damit gestaffelte Einkommensgrenzen.*

2. Ausbau des Leistungsangebotes,

*Der Punkt 2 wird wie folgt ergänzt:*

- 2. - Die Mittel für die Leistungen des Halle-Pass G werden ab 2015 wieder in Höhe von 30.000 € in den Haushalt der Stadt Halle (Saale) eingestellt.*  
*- Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV in Halle (Saale).*

3. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und des Verfahrens der Antragstellung.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im September 2014 vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:      geänderter Beschlussvorschlag - einstimmig zugestimmt**

<b>SACHKUNDIGE EINWOHNER</b>		
Votum	einstimmig zugestimmt	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
<b>STADTRÄTE</b>		
Abstimmungsergebnis	einstimmig zugestimmt	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen

### **zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 7      Mitteilungen

---

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, gab Informationen zur Prüfung des Bundesrechnungshofes (BRH) im Bereich GRUSI (Grundsicherung, 50.3). Der BRH äußerte sich in seinem Prüfbericht positiv. **Herr Baus** machte jedoch auch darauf aufmerksam, dass gute und erfolgsorientierte Arbeit entsprechendes Personal voraussetzt.

Weiterhin verwies **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, auf Wunsch von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, auf ein Urteil des Bundessozialgerichtes zum Thema „Mietanteile volljähriger Kinder im Haushalt der Eltern“ und führte dazu aus.

Allerdings bemängelte er, dass die Voraussetzungen, unter denen volljährige Kinder, die im Haushalt der Eltern leben und denen Mietanteile gewährt werden, nicht ausreichend geprüft werden.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, machte hierzu – auch auf Wunsch von Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses – folgende Ausführungen:

Es gibt verschiedene Fallkonstellationen.

Für Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, ändert sich an der bisherigen Praxis nichts. Es wird weiterhin nach Kopfanteilen die Miete gezahlt.

Problematischer sind die Fälle, in denen die volljährigen Kinder weiterhin Grundsicherungsleistungen beziehen, die Eltern hingegen nicht.

Zunächst ist der Fall der Mietwohnung zu betrachten. Hier ist es notwendig, dass die Kinder entweder in den Mietvertrag aufgenommen werden oder dass die Eltern einen Mietvertrag mit ihren Kindern abschließen. Dies setzt oft einen Betreuer voraus. Weiterhin ist erforderlich, dass das Geld auch tatsächlich fließt. Dies bedeutet im Ergebnis, dass die volljährigen Kinder auch über ein eigenes Konto verfügen müssen.

Sind diese Bedingungen erfüllt, so dürfte sich an der momentanen Praxis nichts ändern.

Besonders schwierig sind die Fälle, in denen die Eltern in einem Eigenheim oder in einer Eigentumswohnung mit ihren volljährigen Kindern leben. Hier ist Voraussetzung, dass die Wohnung der volljährigen Kinder auch tatsächlich vermietbar ist, eine eigene Küche und ein eigenes Bad vorhanden sind. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, machte deutlich, dass er dies im Grunde genommen als Ungerechtigkeit empfindet. Die Eltern würden bestraft, wenn sie sich um ihre Kinder kümmern – wären die Kinder im Heim untergebracht, würden die Kosten übernommen. Der Bundesrechnungshof hat jedoch völlig Recht, eine genaue Überprüfung zu verlangen. Die Mitarbeiter des Fachbereiches Soziales prüfen im Sinne der Antragsteller. **Herr Baus** stellte klar, dass die Prüfung sehr arbeitsintensiv ist. Im Hinblick auf den zukünftigen Stellenplan wird im Fachbereich Soziales dringend Personal benötigt.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, bot ausdrücklich an, dass er für Fragen und die Prüfung einzelner Fälle gerne zur Verfügung steht.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte Herrn Baus für seine Auskünfte.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, nahm noch einmal Bezug auf die Unterlagen zum Gleichstellungsaktionsplan und erläuterte, dass die beigefügte Liste nur Zahlen für Deutschland beinhaltet.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Aus der letzten SGGA-Sitzung vom 08. Mai 2014 erfolgte noch eine Beantwortung von mündlichen Anfragen.

### **Ampelanlage Ludwig-Wucherer-Straße/Ecke Martha-Brautzsch-Straße/Willi-Lohmann-Straße**

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, äußerte sich zur Abschaltung der Ampelanlage in der Ludwig-Wucherer-Straße/Ecke Martha-Brautzsch-/Willi-Lohmann-Straße. Die Einkürzung der Betriebszeiten der Ampelanlagen war bereits Thema in der Beigeordnetenkonferenz. Das Ergebnis dieser Prüfung wird am Dienstag, 10.06.2014, vorliegen.

Er teilte mit, dass nach Auskunft der Unteren Verkehrsbehörde die Betriebszeit der Ampelanlage in der Ludwig-Wucherer-Straße/Ecke Martha-Brautzsch/Willi-Lohmann-Straße bereits im Jahr 2001 gekürzt wurde. Da keine Verkehrsgefährdung in diesem Bereich vorliegt, wird die Ampelanlage auch zukünftig in diesem Takt weiterbetrieben.

Er gab an, dass Anträge und Nachfragen zu Ampelanlagen an den OB-Bereich zu stellen sind, da der Bereich Verkehrssicherheit dem OB-Büro unterstellt ist.

### **Wann wird das Strategiekonzept zur ambulanten Suchthilfe vorgestellt und werden die neuesten Entwicklungen mit berücksichtigt?**

Auf die Anfrage von **Frau Wolff, MitBÜRGER – NEUES FORUM**, zum Drogenbericht der Stadt Halle (Saale) äußerte sich **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dass der Bericht geschäftsbereichsintern am 21. Mai 2014 vorgestellt wurde. Konkrete Aussagen können in der September-Sitzung des SGGA vorgetragen werden.

### **Umsetzung der strategischen Sozialplanung**

Zur mündlichen Anfrage von **Frau Wolff, MitBÜRGER – NEUES FORUM**, gab **Herr Weiske, Sozialplaner, Stabsstelle Sozialplanung**, Auskunft. Er führte aus, dass es sich um einen mehrstufigen Prozess handelt. Dieser wird geschäftsübergreifend und vernetzt geführt. Die 2. Planungskonferenz dazu fand geschäftsbereichsintern statt. Nun wird auf die anderen Geschäftsbereiche zugegangen, um verschiedene Konzepte, wie

- ISEK
- Verkehrsplanung
- Wohnungsmarkt
- Nachverkehrsplan
- Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm

zu vernetzen. Nach der Sommerpause werden die ersten Ergebnisse vorliegen.

**Herr Bonan, SPD**, nahm Bezug auf das Hochwasser 2013 und der damit verbundenen Beschädigung der in der Ankerstraße ansässigen Pflegeeinrichtung. Der Geschäftsführer dieser Pflegeeinrichtung hatte sich an Herrn Bonan gewandt, da er keine Unterstützung durch die Stadtverwaltung erhalten habe. So wurde ein Bauantrag für einen Neubau in der Hutten-/Beesener Straße an das Bauordnungsamt gerichtet, der jedoch abgelehnt wurde. Das von der Stadt Halle (Saale) zugewiesene Gebäude hat keine Zuwegung und kann daher als Pflegeeinrichtung nicht genutzt werden. Zurzeit ist die Einrichtung mit dem Krankenhaus Martha Maria vertraglich gebunden, dieser Vertrag läuft jedoch Ende Juni 2014 aus. **Herr Bonan** appelierte daher an die Verwaltung, diese Einrichtung komplikationslos zu unterstützen, da hier schwer pflegebedürftige Patienten betreut werden und dringend Hilfe geboten ist.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, schlug Herrn Bonan vor, dieses Thema in die letzte Stadtratssitzung einzubringen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte aus, dass eine Prüfung, ob die Stadt Halle (Saale) überhaupt über Objekte für eine solche Pflegeeinrichtung verfügt und diese nutzbar sind, erfolgen muss. Herrn Kogge liegt keine Anzeige eines solchen Versorgungsproblems vor. Ihm ist jedoch bekannt, dass sich die Pflegeeinrichtung in Merseburg niederlassen wollte. Weiterhin ist zu untersuchen, ob es sich um ein soziales oder wirtschaftliches Problem handelt. Für den Bereich Soziales ist natürlich Herr Kogge Ansprechpartner, Herr Bonan kann gerne den Kontakt zwischen dem Geschäftsführer und ihm herstellen. Für das Fach Wirtschaft ist Herr Weichler, Leiter DLZ Wirtschaft, zuständig.

**Herr Bonan, SPD**, dankte Herrn Kogge und wird die Kontaktvermittlung übernehmen.

## zu 9      Anregungen

---

**Frau Tomczyk-Radji, SKE**, richtete das Wort an Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte ihr im Namen der SGGA-Mitglieder für die geleistete und nicht immer einfache Arbeit.

Auch **Frau Hanna Haupt, SPD**, dankte für die „gute Zeit“. Es gehört mehr als nur die Führung einer Sitzung zur Arbeit einer Ausschussvorsitzenden. Ihr Dank gilt jedoch auch den kompetenten und freundlichen Mitarbeitern der Verwaltung.

**Herr Dr. Yousif, DIE LINKE.**, sprach Dank für die langjährige, gute Zusammenarbeit aus und wünschte allen SGGA-Mitgliedern weiterhin viel Erfolg.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, gab zu, dass es nicht immer einfach war. Jedoch wurde immer ein Weg gefunden, um die Interessen der Bürger der Stadt Halle (Saale) umzusetzen und die Stadtverwaltung voranzubringen. Auch sie dankte den Mitgliedern des SGGA und den Verwaltungsmitarbeitern herzlich für die Kooperation und wünschte allen viel Glück und beste Gesundheit.

Die öffentliche Sitzung des SGGA wurde um 17:00 Uhr geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.07.14

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Konstanze Hermann  
Protokollführerin